

PLANUNGSBERICHT ZUM GEWÄSSERRAUM- LINIENPLAN DER THUR

GEMEINDE AMLIKON-BISSEGG



Romanshorn, 11.04.2025

MITWIRKUNG

Gemeinde Amlikon-Bissegg
Bauamt
Flugplatzstrasse 12
8514 Amlikon-Bissegg

HOLINGER AG

Hafenstrasse 62, CH-8590 Romanshorn

Telefon +41 71 226 71 71

romanshorn@holinger.com

Version	Datum	Sachbearbeitung	Kontrolle	Verteiler
0.1	23.12.2024	Emmanouil Skourtis	Jannik Rescigno	Gemeinde Amlikon-Bissegg Regionalplanungsgruppe Mittelthurgau HOLINGER AG
0.2	11.04.2024	Emmanouil Skourtis	Jannik Rescigno	Gemeinde Amlikon-Bissegg Regionalplanungsgruppe Mittelthurgau HOLINGER AG

CHW10065_BE_GR_Thur_Amlikon-Bissegg_20250411.docx

INHALTSVERZEICHNIS

1	AUSGANGSLAGE	1
1.1	SACHVERHALT UND PROJEKTPERIMETER	1
1.2	ABGRENZUNG	1
1.3	PROJEKTAUSLÖSER UND RANDBEDINGUNGEN	2
1.4	VORGEHEN	4
2	GRUNDLAGEN	5
2.1	GESETZLICHE VORGABEN	5
2.2	HERLEITUNG DER NATÜRLICHEN SOHLENBREITE	6
2.3	MINIMALER SYMMETRISCHER GEWÄSSERRAUM	7
2.4	BEHÖRDENVERBINDLICHER RAUMBEDARF DER THUR	7
3	ERLÄUTERUNGEN ZUM GEWÄSSERRAUM	9
3.1	ALLGEMEINES	9
3.1.1	Rechtliche Grundlagen	9
3.2	VERIFIZIERUNG DER GRUNDLAGEN	9
3.2.1	Plausibilisierung natürliche Sohlenbreite	9
3.2.2	Überprüfung des minimalen symmetrischen Gewässerraums	9
3.3	FESTLEGUNG DER GEWÄSSERRAUMLINIEN	9
3.3.1	Kriterien Abschnittsbildung	9
3.3.2	Minimaler symmetrischer Gewässerraum	10
3.3.3	Erhöhung Gewässerraum	10
3.3.4	Reduktion und Anpassung Gewässerraum	11
3.4	INTERESSENABWÄGUNG	13
3.4.1	Allgemeine Interessenabwägung	13
3.4.2	Interessenabwägung für Gewässerraumabschnitte mit asymmetrischer Anordnung	14
3.5	BETROFFENE FRUCHTFOLGEFLÄCHEN	18
3.6	ZUSAMMENFASSUNG	19
4	VERFAHREN	20
4.1	ERARBEITUNG	20
4.2	MITWIRKUNG	20
4.3	VORPRÜFUNG	20
4.4	AUFLAGE, PUBLIKATION	20
4.5	GENEHMIGUNG	20
4.6	INKRAFTSETZUNG	21
5	QUELLENVERZEICHNIS	22

ANHANG

Anhang 1 Tabelle Interessenabwägung

PLANBEILAGEN

Plan Nr.	Bezeichnung	Massstab
CHW10065.001	Gemeinde Amlikon-Bissegg Gewässerraumlinienplan Thur (07)	1:1'000
CHW10065.002	Gemeinde Amlikon-Bissegg Gewässerraumlinienplan Thur (07)	1:1'000
CHW10065.003	Gemeinde Amlikon-Bissegg Gewässerraumlinienplan Thur (07)	1:1'000
CHW10065.004	Gemeinde Amlikon-Bissegg Gewässerraumlinienplan Thur (07)	1:1'000

1 AUSGANGSLAGE

1.1 SACHVERHALT UND PROJEKTPERIMETER

Mit dem revidierten Gewässerschutzgesetz und der revidierten Gewässerschutzverordnung sind die Kantone aufgefordert, entlang von Seen, Flüssen und Bächen den Gewässerraum festzulegen. Dieser dient zum einen der Entwicklung einer natürlichen Pflanzen- und Tierwelt, zum anderen aber auch der zweckbestimmten Nutzung der Gewässer. Zudem soll innerhalb des Gewässerraums der Hochwasserschutz sichergestellt werden können.

Die grundeigentümergebundene Gewässerraumfestlegung erfolgt gemäss RRB Nr. 1074 vom 18. Dezember 2018 für alle Gewässer, die im kantonalen Gewässerkataster aufgeführt sind.

Der Projektperimeter der vorliegenden grundeigentümergebundenen Gewässerraumfestlegung an der Thur beinhaltet den Verlauf der Thur im oder entlang des Gemeindegebiets von Amlikon-Bissegg (siehe Abbildung 1).

Bis zur grundeigentümergebundenen Festlegung des Gewässerraums an der Thur bleiben die Abstandsvorschriften gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG) bestehen. Der Abstand für Bauten und Anlagen gegenüber Seen, Weihern und Flüssen beträgt gemäss § 76 PBG 30 m und gegenüber Bächen und Kanälen 15 m.

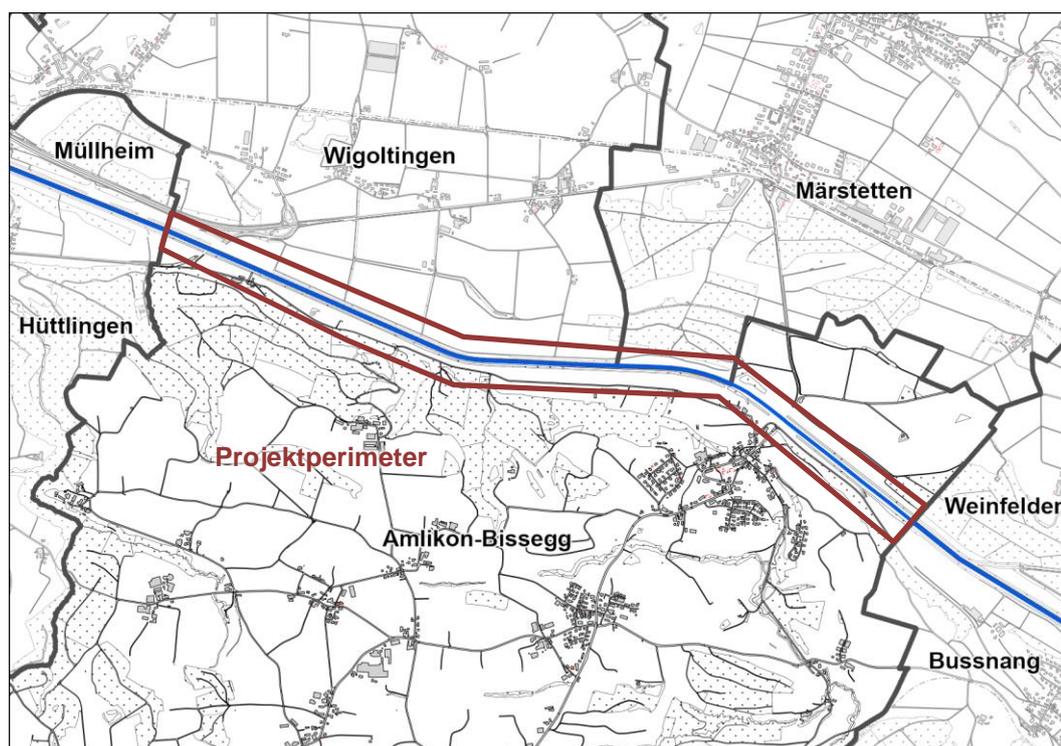


Abbildung 1: Projektperimeter Gemeindegebiet Amlikon-Bissegg (roter Rahmen)

1.2 ABGRENZUNG

Die Regionalplanungsgruppe Mittelthurgau hat im Dezember 2023 die HOLINGER AG beauftragt, den grundeigentümergebundenen Gewässerraum an der Thur in den Gemeinden Amlikon-Bissegg, Bischoffzell, Bürglen, Busnang, Hohentannen, Märstetten, Weinfeldern und Wigoltingen festzulegen. Die Erarbeitung erfolgt in Rücksprache mit den Gemeinden und dem Amt für Umwelt (AfU) des Kantons Thurgau.

1.3 PROJEKTAUSLÖSER UND RANDBEDINGUNGEN

Seit Januar 2011 sind die neuen Bestimmungen der Gewässerschutzgesetzgebung des Bundes bezüglich des Gewässerraums in Kraft. Art. 36a des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) verpflichtet die Kantone, den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer für deren natürlichen Funktionen, den Schutz vor Hochwasser und die Gewässernutzung festzulegen.

Die Abgrenzung des Gewässerraumes erfolgt gemäss § 34 des kantonalen Gesetzes über den Wasserbau und den Schutz vor Naturgefahren (WBSNG) durch die Festlegung von Gewässerraumlinien.

Für die Ausscheidung des grundeigentümergebundenen Gewässerraumes an der Thur gelten grundsätzlich die Prinzipien die im Leitfaden [2] dokumentiert sind. Es wurden zusätzlich die nachfolgend beschriebenen Grundregeln angewendet:

Grundregeln zur Festlegung des grundeigentümergebundenen Gewässerraumes an der Thur [3]

1. *Abstimmung des Vorgehens*

Die Festlegung des grundeigentümergebundenen Gewässerraumes der Flüsse gemäss § 4 WBSNG erfolgt durch die Gemeinden in Koordination mit dem Amt für Umwelt.

Das Verfahren zwischen benachbarten Gemeinden und Kantonen ist aufeinander abzustimmen (Koordinationspflicht, gemäss § 17 WBSNV). Wird für die Anordnung des grundeigentümergebundenen Gewässerraumes im Grundsatz vom minimalen Gewässerraum abgewichen, ist das Vorgehen bei einer Betroffenheit weiterer Parteien unter den Anrainerparteien, in Koordination mit dem Amt für Umwelt abzustimmen

2. *Bereitstellung der Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes*

Die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes muss im gesamten Abschnitt eingehalten werden. Durch eine asymmetrische Anordnung darf die Breite nicht verkleinert werden.

3. *Berücksichtigen des Behördenverbindlichen Raumbedarfs*

Der grundeigentümergebundene Gewässerraum muss innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs liegen.

Nur in Ausnahme- und begründeten Einzelfällen kann davon abgewichen werden.

a. *Ausnahmefall Nr. 1: Das heutige Gerinne liegt nicht vollständig im minimalen symmetrischen Gewässerraum*

Durch eine Gewässerverlagerung oder -verbreiterung liegt das eigentliche Gerinne einseitig ausserhalb der Begrenzung des minimalen symmetrischen Gewässerraumes. In diesem Falle ist die Begrenzung des grundeigentümergebundenen Gewässerraumes zwingend mindestens bis zur Linie der Böschungsoberkante auszuweiten.

b. *Ausnahmefall Nr. 2: Die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes ist grösser als die Breite des behördenverbindlichen Raumbedarfs*

An wenigen Stellen ist die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes grösser als die des behördenverbindlichen Raumbedarfs. In diesem Fall ist ein Lösungsvorschlag zur Gewährleistung der Breite des minimalen Gewässerraumes zu erarbeiten. Der Handlungsspielraum orientiert sich ab der Begrenzung des behördenverbindlichen Raumbedarfs unter Berücksichtigung der Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes. Der Lösungsvorschlag muss sich auf die Erkenntnisse einer Interessensabwägung stützen.

4. *Grundeigentümerverbindlicher Gewässerraum umfasst das heutige Gerinne*

Der auszuscheidende grundeigentümerverbindliche Gewässerraum umfasst mindestens das heutige Gerinne.

5. *Erhöhung*

Eine Verbreiterung über die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes hinaus kann grundsätzlich immer vorgesehen werden und liegt im Ermessen der Gemeinde.

6. *Reduktion*

Gemäss Art. 41a Abs. 4 GSchV kann, soweit der Hochwasserschutz gewährleistet ist, die Breite des Gewässerraums reduziert werden. Für eine Reduktion muss eine der folgenden Bedingungen erfüllt sein:

- Das Gebiet ist dicht überbaut
- Der Fluss füllt den gesamten Talboden bereits aus oder die seitlichen Hänge lassen keine landwirtschaftliche Bewirtschaftung zu.

Eine allfällige Reduktion der Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes ist zu begründen. Dazu ist eine Interessensabwägung durchzuführen und damit die Reduktion der Breite des Gewässerraumes nachvollziehbar darzulegen.

7. *Umgang mit administrativen Grenzen*

An einer senkrecht zur Thurachse verlaufenden administrativen Grenze soll zur Erleichterung der Abstimmung der grundeigentümerverbindliche Gewässerraum symmetrisch angeordnet werden. Wird davon abgewichen, ist eine Abstimmung / Koordination des Vorgehens mit den beteiligten Parteien notwendig.

Gemäss neuen Vorgaben des Amtes für Umwelt [11] werden mit der vorgesehenen Überarbeitung des Leitfadens drei weitere Regeln eingeführt:

- A. Der auszuscheidende grundeigentümerverbindliche Gewässerraum umfasst mindestens den Raum mit einem Abstand von 15 Metern ab der Uferline (gemäss Daten der amtlichen Vermessung).
 - An wenigen Stellen beträgt der behördenverbindlichen Raumbedarf weniger als 15 Metern ab der Uferline. In diesen Fällen wird gemäss Rückmeldung des AfU der behördenverbindliche Raumbedarf zukünftig angepasst.
- B. Ausnahmefall für Grundregel 3 (Berücksichtigen des Behördenverbindlichen Raumbedarfs): Die Überflutungsflächen der Thur (bei HQ100) erstrecken sich ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs. In diesem Fall ist es erlaubt den grundeigentümerverbindliche Gewässerraum ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs zu legen (bis maximal dem Rand der Überflutungsflächen). Der Lösungsvorschlag muss sich auf die Erkenntnisse einer Interessensabwägung stützen.

Wenn bereits verbindliche Interventionslinien festgelegt sind, hat der grundeigentümerverbindliche Gewässerraum diese mindestens zu umfassen. Diese Regelung ist für den Abschnitt zwischen Bischofszell und Amlikon-Bissegg nicht relevant, da keine Interventionslinien festgelegt sind.

1.4 VORGEHEN

In einem ersten Schritt wurden die Grundlagen zusammengestellt. Dazu gehören der behördenverbindliche Raumbedarf, der minimale symmetrische Gewässerraum und die Grundlagenstudie „Natürliche Sohlenbreite grosser Fliessgewässer im Kanton Thurgau, Thur“ [5] sowie weitere raumwirksame Elemente wie Fruchtfolgeflächen, landwirtschaftliche Nutzflächen, vorhandene Baulinien und Parzellengrenzen. Nachfolgend wurde die Einhaltung der Vorgaben der GSchV durch den minimalen symmetrischen Gewässerraum geprüft. Anschliessend wurde der grundeigentümerverbindliche Gewässerraum gemäss den oben aufgeführten Grundregeln mit den Gemeinden festgelegt. Abschliessend wurde das Vorgehen für jeden Abschnitt im vorliegenden Planungsbericht beschrieben und dokumentiert.

Die grundeigentümerverbindliche Festlegung der Gewässerraumlinien erfolgt in den Plänen CHW10065.001, CHW10065.002, CHW10065.003 und CHW10065.004. Der Planungsbericht dient der Erläuterung.

2 GRUNDLAGEN

2.1 GESETZLICHE VORGABEN

Am 1. Januar 2011 ist die Änderung des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) in Kraft getreten. Die Änderung verankert u.a. die Pflicht der Kantone, den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer auszuscheiden (Art. 36a GSchG). Der Bundesrat hat auf Verordnungsstufe (Gewässerschutzverordnung, GSchV) die gesetzlichen Bestimmungen konkretisiert und auf den 1. Juni 2011 in Kraft gesetzt.

Gemäss Art. 36a Abs. 1 GSchG legen die Kantone nach Anhörung der betroffenen Kreise den Raumbedarf der oberirdischen Gewässer fest, der für die Gewährleistung folgender Funktionen erforderlich ist (Gewässerraum):

- a. die natürlichen Funktionen der Gewässer;
- b. den Schutz vor Hochwasser;
- c. die Gewässernutzung.

Die Festlegung des Gewässerraums hat nach Art. 41a und 41b GSchV zu erfolgen. Solange der Gewässerraum nicht festgelegt ist, gelten die strikteren Abstandsvorschriften gemäss Planungs- und Baugesetz (PBG), RB 700 und der zugehörigen Verordnung (PVG, RB 700.1).

Der Kanton Thurgau hat ein Vorgehenskonzept beschlossen, bei dem die Umsetzung der Vorgaben aus der Gewässerschutzgesetzgebung in zwei Phasen umgesetzt werden. Zuerst hat der Kanton, den behördenverbindlichen Raumbedarf erarbeitet.

Bei der Thur handelt es sich in der Gewässerraumausscheidung um einen Sonderfall. Aufgrund der einzigartigen Ausgangslage an der Thur, mit den teilweise sehr grossen Vorländern von bis zu 300 m Breite zwischen den bestehenden Dämmen, soll der grundeigentümergehörige Gewässerraum auf der gesamten Länge der Thur sukzessive festgelegt werden.

Mit der Genehmigung des Konzeptes Thur3 (Regierungsratsbeschluss Nr. 200 vom 22. März 2022) wurde der behördenverbindliche Raumbedarf für die Thur auf Thurgauer Boden festgelegt. Dieser umfasst den Abflusskorridor der Thur, die Dämme, die Binnenkanäle sowie Flächen mit ökologischem Potenzial. Der behördenverbindliche Raumbedarf der Thur kann im ThurGIS eingesehen werden.

Auf Grundlage des behördenverbindlichen Raumbedarfs wird in der zweiten Phase der grundeigentümergehörigen Gewässerraum bis zum Ende des Jahres 2026 festgelegt. Die Festlegung in Form von Gewässerraumlinien erfolgt im Rahmen einer Sondernutzungsplanung. Für das Verfahren zur Festlegung der Gewässerraumlinien gelten § 5 Absätze 2–5 sowie die §§ 6 und 29–31 Planungs- und Baugesetzes (PBG, RB 700) [1] [3].

Im Rahmen eines Korrektionsprojektes auf der Basis des Konzeptes Thur3 kann in einer nächsten Phase auch eine Anpassung des minimalen grundeigentümergehörigen Gewässerraumes erfolgen. Falls in einem Korrektionsprojekt eine eigendynamische Entwicklung vorgesehen ist, sind die Gewässerraumlinien in solchen Abschnitten periodisch (alle 10 bis 15 Jahre) zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen [3].

2.2 HERLEITUNG DER NATÜRLICHEN SOHLENBREITE

“Die natürliche Sohlenbreite entspricht der natürlichen mittleren Breite der Gewässersohle innerhalb eines ausgewählten Gewässerabschnittes. Die Sohle ist der Anteil an der Gerinnebreite, der von mehrjähriger terrestrischer Vegetation frei ist (gehölzfrei), abzüglich der Böschungsbreite. Verbaute und eingetiefe Gewässer weisen in der Regel schmalere Sohlenbreiten und eine geringe, eingeschränkte oder fehlende Wasserspiegelbreitenvariabilität auf” [4].

Das Bundesamt für Umwelt, stellte im „Handbuch zur Ermittlung der natürlichen Sohlenbreite“ die Methoden zur Bestimmung der natürlichen Sohlenbreite vor und zeigte ihre Vor- und Nachteile sowie Anwendungsgrenzen auf.

Als Ansatz zur Herleitung der natürlichen Sohlenbreite wurden folgende Methoden geprüft und ausgewertet:

- Historische Dokumente
- Naturnahe Referenzstrecken
- Terrainanalysen
- Anwendung empirischer Methoden (z.B. Yalin, Parker, Ashmore, Millar, Ikeda)

Die Methoden werden anschliessend untereinander gewichtet. Die Gewichtung der Methoden hängt von der Aussagekraft der vorhandenen Grundlagen ab und muss ebenfalls gutachterlich aufgrund von einer Reihe von Kriterien (z.B. zeigt einen möglichst unbeeinträchtigten Naturzustand, hat hohe Auflösung, ist räumlich gut zuzuordnen (georeferenzierbar), kann zeitlich (Jahr und Jahreszeit) zugeordnet werden) erfolgen.

Die natürliche Sohlenbreite ergibt sich schliesslich aus dem gewichteten Mittel aller Methoden.[4]

Für die Thur wurden diese Auswertungen im Rahmen der Grundlagenstudie „Natürliche Sohlenbreite grosser Fliessgewässer im Kanton Thurgau, Thur“ [5] durchgeführt und diese zeigt gemäss den Vorgaben des Bundesamts für Umwelt die Herleitung der natürlichen Sohlenbreite der Thur auf dem Gebiet des Kantons Thurgau auf.

Die nachfolgende Grafik zeigt die hergeleitete natürliche Sohlenbreite entlang der Thur.

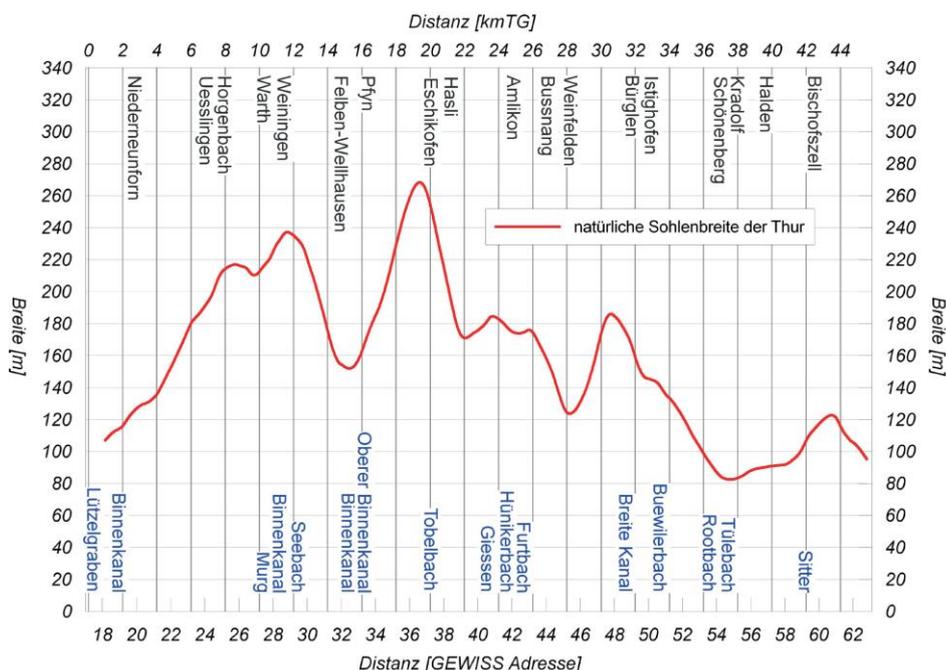


Abbildung 2: Hergeleitete natürliche Sohlenbreite entlang der Thur [5] [3]

2.3 MINIMALER SYMMETRISCHER GEWÄSSERRAUM

Für Fliessgewässer in Schutzgebieten wird der minimale Gewässerraum gemäss Art. 41a Abs. 1 GSchV ausgedehnt:

natürlichen Gerinnesohlenbreite	Mindestbreite Gewässerraum
< 1 m	11 m
1 m – 5 m	6 x natürlichen Gerinnesohlenbreite + 5 m
> 5 m	natürlichen Gerinnesohlenbreite + 30 m

Auf Basis der natürlichen Sohlenbreite (siehe Kapitel 2.1) wurde auf ganzer Länge entlang der Thur der minimale Gewässerraum vom Amt für Umwelt (AfU), Abteilung Wasserbau und Hydrometrie gemäss Art. 41a Abs. 1 GSchV bestimmt. Für die Thur mit einer natürlichen Sohlenbreite von mehr als 5 m wurden 30 m, je hälftig (2 Mal 15 m) zur natürlichen Sohlenbreite der Thur dazu addiert.

2.4 BEHÖRDENVERBINDLICHER RAUMBEDARF DER THUR

Der behördenverbindliche Raumbedarf für die Thur wurde in Koordination und Zusammenhang mit dem Konzept Thur3 festgelegt.

Der behördenverbindliche Raumbedarf an der Thur umfasst grundsätzlich den Abflusskorridor, die Dämme, die Binnenkanäle sowie Flächen mit ökologischem Potenzial. In den Abschnitten ohne Dämme umfasst der behördenverbindliche Raumbedarf die Fläche, welche rechnerisch bei einem HQ100 benetzt wird oder durch Flächen mit ökologischem Potenzial.

Mit der Festlegung des behördenverbindlichen Raumbedarfs wurde sichergestellt, dass im behördenverbindlichen Raumbedarf z.B. keine neuen Bauten und Anlagen erstellt werden. Damit wurde der nötige Raum gesichert, damit sich die Thur im Anschluss an ein Korrektionsprojekt eigendynamisch innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs entwickeln kann.

Mit der behördenverbindlichen Festlegung des Raumbedarfs der Gewässer erfolgte keine Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung entlang der Gewässer im Kanton Thurgau. Die vom Bundesgesetz vorgeschriebene extensive Bewirtschaftung ergibt sich erst mit der grundeigentümergebundenen Festlegung des Gewässerraums [3] [9].

3 ERLÄUTERUNGEN ZUM GEWÄSSERRAUM

3.1 ALLGEMEINES

Die nachfolgenden Erläuterungen zur Bestimmung des Gewässerraums wurden den kantonalen Planungsgrundlagen [1] und den Leitfaden [3] entnommen.

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen sind in Kapitel 2.1 erläutert.

3.2 VERIFIZIERUNG DER GRUNDLAGEN

3.2.1 Plausibilisierung natürliche Sohlenbreite

Die in der Grundlagenstudie „Natürliche Sohlenbreite grosser Fliessgewässer im Kanton Thurgau, Thur“ [5] hergeleiteten natürlichen Sohlenbreiten entlang der Thur wurde für jeden Abschnitt an mehreren Stellen anhand von historischen Karten verifiziert. Dabei wurde vor allem die Sulzberger Karte (1837) genutzt. Es bestehen an einigen Orten punktuelle Unterschiede, bei den gemittelten Sohlenbreiten innerhalb der Abschnitte wurden jedoch keine Abweichungen vorgefunden und daher wurden die hergeleiteten natürlichen Sohlenbreiten als plausibel beurteilt.

3.2.2 Überprüfung des minimalen symmetrischen Gewässerraums

Die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraums (siehe Kapitel 2.3) wurde für jeden Abschnitt an einigen Stellen überprüft. Es wurde dabei geprüft ob die Vorgaben für die Thur gemäss der GSchV (Mindestbreite Gewässerraum = natürliche Sohlenbreite + 30 m) eingehalten wird.

Es wurde für keinen Abschnitt eine Abweichung der Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraums vorgefunden und daher wurde dieser in den folgenden Schritten bei der Festlegung des Gewässerraums genutzt.

3.3 FESTLEGUNG DER GEWÄSSERRAUMLINIEN

3.3.1 Kriterien Abschnittsbildung

Die Bildung der Abschnitte ist wie die gesamte Gewässerraumausscheidung ein iterativer Prozess. Bei der Abschnittsbildung wurde für den Abschnittswechsel vor allem das Vorgehen der Festlegung verwendet. Bei einer Änderung zw. symmetrischer und asymmetrischer Festlegung wurde jeweils ein neuer Abschnitt gebildet. Bei unterschiedlichen Begründungen der asymmetrischen Festlegung zum vorangegangenen Abschnitt wurde ebenfalls ein neuer Abschnitt gebildet. Die Nummerierung der Abschnitte erfolgt flussaufwärts im Perimeter.

Tabelle 1: Abschnittseinteilung an der Thur

ID Gewässerraum- abschnitt	Grund für Abschnittwechsel	Gewässerraum Plan
07_01		CHW10065.001
	Wechsel von asymmetrischer zu symmetrischer Anordnung	
07_04		CHW10065.001
	Wechsel von symmetrischer zu asymmetrischer Anordnung	
07_05		CHW10065.001
	Änderung der Begründung der Asymmetrie	
07_06		CHW10065.001
	Aufteilung auf zwei Pläne	
07_07		CHW10065.002
	Änderung der Randbedingungen der Asymmetrie	
07_08		CHW10065.002
	Änderung der Randbedingungen der Asymmetrie	
07_09		CHW10065.003
	Wechsel von asymmetrischer zu symmetrischer Anordnung	
07_10		CHW10065.003
	Gemeindegrenze Wigoltingen / Märstetten	
07_11		CHW10065.003
	Wechsel von symmetrischer zu asymmetrischer Anordnung	
07_12		CHW10065.003
	Gemeindegrenze Märstetten / Amlikon-Bissegg	
07_13		CHW10065.003
	Gemeindegrenze Märstetten / Amlikon-Bissegg	
07_14		CHW10065.004
	Änderung der Randbedingungen der Asymmetrie	
07_15		CHW10065.004
	Änderung der Begründung der Asymmetrie	
07_16		CHW10065.004

3.3.2 Minimaler symmetrischer Gewässerraum

Als Grundlage für die Festlegung des grundeigentümergehörigen Gewässerraums dient der minimale symmetrische Gewässerraum. Die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes muss im gesamten Abschnitt eingehalten werden (Grundregel Nr. 2 gemäss [3], siehe auch Kapitel 1.3).

Die minimalen Gewässerraumbreiten für alle Abschnitte im Projektperimeter sind in Tabelle 2 zusammengefasst.

Tabelle 2: Minimaler Gewässerraum nach Art. 41a Abs. 1 GSchV für die Abschnitte im Projektperimeter

ID Gewässerraum- abschnitt	minimaler Gewässerraum [m]
07_01	195.5 – 209.1*
07_04	192.0 – 195.5*
07_05	191.5 – 192.0*
07_06	191.0 – 192.0*
07_07	192.0 – 198.8*
07_08	198.8 – 200.0*
07_09	200.0 – 205.0*
07_10	204.0*
07_11	203.0 – 204.0**
07_12	199.0 – 203.0**
07_13	199.0**
07_14	196.0 – 199.0
07_15	194.0 – 196.0
07_16	194.0 – 195.0

*Gesamte Breite auf dem Gebiet der Gemeinde Amlikon-Bissegg und der Gemeinde Wigoltingen

**Gesamte Breite auf dem Gebiet der Gemeinde Amlikon-Bissegg und der Gemeinde Märstetten

3.3.3 Erhöhung Gewässerraum

Der Gewässerraum dient der Sicherstellung des Hochwasserschutzes, der Revitalisierungsplanung, des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Gewässernutzung.

Allgemein gilt es zu prüfen, ob der minimale Gewässerraum ausreicht, um die genannten Punkte zu gewährleisten oder ob der Gewässerraum aufgrund einem oder mehrerer Aspekte gemäss Art. 41a Abs. 3 GSchV erhöht werden muss.

Bei der Thur erfolgt die Gewässerraumausscheidung in mehreren Phasen (siehe Kapitel 2.1), und in dieser Phase wird der minimale grundeigentümergebundene Gewässerraum ausgeschieden. Mit dem behördenverbindlichen Gewässerraum werden die oben genannten Aspekte berücksichtigt. Es erfolgte daher keine weitere Prüfung der Erhöhung des grundeigentümergebundenen Gewässerraums.

Im Rahmen von Korrektionsprojekten auf der Basis des Konzepts Thur3 sind Erhöhungen in der nächsten Phase zu prüfen.

3.3.4 Reduktion und Anpassung Gewässerraum

Reduktion

Eine Reduktion des Gewässerraums ist gemäss Art. 41a Abs. 4, soweit der Hochwasserschutz gewährleistet ist, aufgrund der baulichen Gegebenheiten im dicht überbauten Gebiet und aufgrund der topografischen Verhältnisse (1. falls das Gewässer den Talboden weitgehend ausfüllt / 2. falls das Gewässer beidseitig von Hängen gesäumt ist, aufgrund derer Steilheit keine landwirtschaftliche Bewirtschaftung möglich ist) möglich. Im Gebiet der Gemeinde Amlikon-Bissegg sind die Punkte nicht erfüllt und der Gewässerraum wird somit in keinem Abschnitt reduziert.

Asymmetrische Anordnung

Grundsätzlich ist der Gewässerraum symmetrisch festzulegen. Es besteht jedoch eine Ausnahme. Im Fall, dass der vordefinierte minimale symmetrische Gewässerraum einseitig nicht im behördenverbindlichen Raumbedarf passt, muss der grundeigentümergebundene Gewässerraum so weit asymmetrisch angeordnet werden, dass er sich vollständig innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs befindet.

Ergibt sich aus den lokalen Gegebenheiten ein Anordnungsspielraum und es kann aufgezeigt werden, dass durch eine asymmetrische Anordnung in der Summe eine bessere Lösung resultiert, können die Gewässerraumlinien asymmetrisch angeordnet werden. Die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes darf dabei nicht unterschritten werden.

Abschnitt 07_01:

Im Abschnitt 07_01 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Wigoltingen ins Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg angeordnet, sodass sich der Gewässerraum vollständig innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs befindet (Grundregel Nr. 3 gemäss [3], siehe auch Kapitel 1.3, keine Interessenabwägung notwendig).

Abschnitt 07_05:

Auch im Abschnitt 07_05 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg ins Gemeindegebiet von Wigoltingen angeordnet, sodass sich der Gewässerraum vollständig innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs befindet (Grundregel Nr. 3 gemäss [3], siehe auch Kapitel 1.3, keine Interessenabwägung notwendig).

Abschnitt 07_06:

Im gesamten Abschnitt 07_06 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Wigoltingen in Richtung des Gemeindegebietes von Amlikon-Bissegg angeordnet, um die Betroffenheit von Fruchtfolgefleichen zu minimieren.

Dabei wurde der Gewässerraum linksseitig (im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg) auf den behördenverbindlichen Raumbedarf gelegt und geglättet.

Abschnitt 07_07:

Auch im gesamten Abschnitt 07_07 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Wigoltingen in Richtung des Gemeindegebietes von Amlikon-Bissegg angeordnet, um die Betroffenheit von Fruchtfolgefleichen zu minimieren.

Dabei wurde der Gewässerraum linksseitig (im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg) im grössten Teil des Abschnitts auf den behördenverbindlichen Raumbedarf gelegt.

Abschnitt 07_08:

Auch im gesamten Abschnitt 07_08 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Wigoltingen in Richtung des Gemeindegebietes von Amlikon-Bissegg angeordnet, um die Betroffenheit von Fruchtfolgefleichen zu minimieren.

Abschnitt 07_09:

Im Abschnitt 07_09 wurde der minimale Gewässerraum leicht asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Wigoltingen in Richtung des Gemeindegebietes von Amlikon-Bissegg angeordnet, um die Betroffenheit von Fruchtfolgefleichen zu minimieren.

Dabei wurde der Gewässerraum linksseitig (im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg) auf den äusseren Rand der Strassenparzelle gelegt.

Abschnitt 07_12:

Im Abschnitt 07_12 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg in Richtung des Gemeindegebiets von Märstetten angeordnet und geglättet, sodass sich der Gewässerraum vollständig innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs befindet (Grundregel Nr. 3 gemäss [3], siehe auch Kapitel 1.3, keine Interessenabwägung notwendig).

Abschnitt 07_13:

Auch im Abschnitt 07_13 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch vom Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg in Richtung des Gemeindegebiets von Märstetten angeordnet, sodass sich der Gewässerraum vollständig innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs befindet (Grundregel Nr. 3 gemäss [3], siehe auch Kapitel 1.3, keine Interessenabwägung notwendig).

Abschnitt 07_14:

Im Abschnitt 07_14 ist die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes grösser als die des behördenverbindlichen Raumbedarfs. Es wurde ein Lösungsvorschlag erarbeitet, mit dem der minimale Gewässerraum asymmetrisch in Richtung Nordosten im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg angeordnet wurde, um die Gewerbezone auf der Südwestlichen Seite möglichst wenig zu beeinträchtigen.

Dabei wurde der Gewässerraum linksseitig auf den behördenverbindlichen Raumbedarf gelegt und geglättet. Dadurch verläuft der Gewässerraum rechtsseitig ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs.

Abschnitt 07_15:

Im Abschnitt 07_15 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch in Richtung Norden angeordnet, sodass sich der Gewässerraum vollständig innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs befindet (Grundregel Nr. 3 gemäss [3], siehe auch Kapitel 1.3).

Da jedoch in diesem Abschnitt die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes an einigen Stellen minimal grösser als die des behördenverbindlichen Raumbedarfs ist, wurde ein Lösungsvorschlag erarbeitet, mit dem der minimale Gewässerraum asymmetrisch in Richtung Nordosten im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg angeordnet wurde. Dabei wurde der Gewässerraum im oberen Teil linksseitig und im mittleren und unteren Teil rechtsseitig auf den behördenverbindlichen Raumbedarf gelegt. Dadurch verläuft der Gewässerraum linksseitig im mittleren und unteren Teil in einigen Stellen bis zu 2.6 m ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs.

Da der Gewässerraum in diesem Abschnitt nur an sehr wenigen Stellen und nur minimal ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs verläuft wird auf eine Interessenabwägung verzichtet.

Abschnitt 07_16:

Im gesamten Abschnitt 07_16 wurde der minimale Gewässerraum asymmetrisch in Richtung Nordosten im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg angeordnet, um die Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu minimieren.

Harmonisierung

Ausserdem kann der Gewässerraum mit bestehenden Vorgaben / administrativen Grenzen harmonisiert werden.

Abschnitt 07_09:

Der Gewässerraum wurde im Abschnitt 07_09 linksseitig im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg auf die Strassenparzellen (Parzellen 1151 und 2097) harmonisiert.

3.4 INTERESSENABWÄGUNG

3.4.1 Allgemeine Interessenabwägung

Die Festlegung des Gewässerraums ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Gewässerschutzgesetzgebung (GSchG, GSchV) definiert die Vorgaben an die Gewässerräume (siehe Kapitel 2.1). Als Planungsinstrument stellt die Festlegung des Gewässerraums somit eine raumwirksame Aufgabe dar. Dort wo aus den gesetzlichen Grundlagen Handlungsspielräume zur Verfügung stehen, ist entsprechend eine Interessenabwägung im Sinn von Art. 2 und 3 der eidg. Raumplanungsverordnung (SR 700.1; RPV) durchzuführen.

Betroffen von den Gewässerraumlinien sind verschiedene Interessen aus den gesetzlichen Grundlagen, allen voran das Wasserbau- und Naturgefahrengesetz (WBSNG RB721.1), das Planungs- und Baugesetz des Kantons und das Raumplanungsgesetz sowie die Gewässerschutzgesetzgebung des Bundes. Es liegt in der Natur der Sache, dass dabei auch gegensätzliche Interessen zu gewichten und abzuwägen sind.

Für die Funktionen des Gewässerraums (gemäss GSchG und GSchV), wie der Hochwasserschutz, die Revitalisierung und die Gewässernutzung ist der behördenverbindliche Raumbedarf massgebend.

3.4.2 Interessenabwägung für Gewässerraumabschnitte mit asymmetrischer Anordnung

Sofern keine überwiegenden Interessen entgegenstehen, und durch eine asymmetrische Ausscheidung des Gewässerraums in der Summe für die betroffenen Interessen eine bessere Lösung resultiert, kann der Gewässerraum asymmetrisch angeordnet werden. Die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes darf dabei nicht unterschritten werden.

Folgend werden alle Abschnitte aufgelistet, bei denen es eine Anpassung des minimalen Gewässerraums der Thur, welche eine Interessenabwägung erfordert gab. Im Anhang 1 ist eine quantitative Interessenabwägung zwischen dem minimalen symmetrischen Gewässerraum (Variante 1) und dem angepassten Gewässerraum (Variante 2) aufgeführt.

Abschnitt 07_06:

Vom Gewässerraum betroffene Interessen (in Nachhaltigkeitsebenen unterteilt):

Umwelt: Geringe Betroffenheit Umwelt-Interessen (Revitalisierung, Naturraum, Wasserqualität, Lebensraumvernetzung, Wald und Grundwasserschutz).

Gesellschaft: Geringe Betroffenheit gesellschaftlicher Interessen (Hochwasserschutz, bauliche Gegebenheiten, städtebauliche Entwicklung, Erholungsnutzung und Unterhalt).

Wirtschaft: Die asymmetrische Anordnung führt zu einer schwächeren Betroffenheit von Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen aber auch zu einer stärkeren Betroffenheit von wenigen landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg.

Funktionen des Gewässerraums (gemäss GSchG und GSchV):

Beide Varianten (minimaler symmetrischer Gewässerraum und angepasster Gewässerraum) erfüllen sämtliche Funktionen (Hochwasserschutz, Revitalisierung und Gewässernutzung) innerhalb des behördenverbindlichen Gewässerraums.

Handlungsspielraum:

Da bei beiden Varianten der minimale Gewässerraum nicht unterschritten wird und der grundeigentümergehörige Gewässerraum innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs liegt, besteht der Handlungsspielraum bezüglich einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums.

Gegenüberstellung der Varianten:

Die Festlegung des minimalen symmetrischen Gewässerraums würde zu einer sehr starken Betroffenheit der Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen führen. Die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums führt im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg zu einer leicht stärkeren Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Mit der asymmetrischen Ausscheidung wird, soweit es der behördenverbindliche Raumbedarf erlaubt das Interesse der Schonung der Fruchtfolgeflächen berücksichtigt.

Die stärker betroffenen landwirtschaftliche Nutzflächen wären jedoch auch zum grössten Teil vom symmetrischen Gewässerraum betroffen. Gemäss Art. 41c Abs. 4 GSchV dürfen Flächen im Gewässerraum weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, sofern sie extensiv bewirtschaftet werden.

In der Summe resultiert somit bei einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums eine bessere Lösung. Der minimalen Gewässerraum wird in diesen Abschnitt daher asymmetrisch angeordnet.

Abschnitt 07_07:

Vom Gewässerraum betroffene Interessen (in Nachhaltigkeitsebenen unterteilt):

Umwelt: Geringe Betroffenheit Umwelt-Interessen (Revitalisierung, Naturraum, Wasserqualität, Lebensraumvernetzung, Wald und Grundwasserschutz).

Gesellschaft: Geringe Betroffenheit gesellschaftlicher Interessen (Hochwasserschutz, bauliche Gegebenheiten, städtebauliche Entwicklung, Erholungsnutzung und Unterhalt).

Wirtschaft: Die asymmetrische Anordnung führt zu einer schwächeren Betroffenheit von Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen aber auch zu einer stärkeren Betroffenheit von wenigen landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg.

Funktionen des Gewässerraums (gemäss GSchG und GSchV):

Beide Varianten (minimaler symmetrischer Gewässerraum und angepasster Gewässerraum) erfüllen sämtliche Funktionen (Hochwasserschutz, Revitalisierung und Gewässernutzung) innerhalb des behördenverbindlichen Gewässerraums.

Handlungsspielraum:

Da bei beiden Varianten der minimale Gewässerraum nicht unterschritten wird und der grundeigentümergehörige Gewässerraum innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs liegt besteht der Handlungsspielraum bezüglich einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums.

Gegenüberstellung der Varianten:

Die Festlegung des minimalen symmetrischen Gewässerraums würde zu einer sehr starken Betroffenheit der Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen führen. Die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums führt im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg zu einer leicht stärkeren Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Mit der asymmetrischen Ausscheidung wird, soweit es der behördenverbindliche Raumbedarf erlaubt das Interesse der Schonung der Fruchtfolgeflächen berücksichtigt.

Die stärker betroffenen landwirtschaftliche Nutzflächen wären jedoch auch zum grössten Teil vom symmetrischen Gewässerraum betroffen und sind zum Teil auch Biodiversitätsförderflächen. Gemäss Art. 41c Abs. 4 GSchV dürfen Flächen im Gewässerraum weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, sofern sie extensiv bewirtschaftet werden.

In der Summe resultiert somit bei einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums eine bessere Lösung. Der minimalen Gewässerraum wird in diesen Abschnitt daher asymmetrisch angeordnet.

Abschnitt 07_08:

Vom Gewässerraum betroffene Interessen (in Nachhaltigkeitsebenen unterteilt):

Umwelt: Geringe Betroffenheit Umwelt-Interessen (Revitalisierung, Naturraum, Wasserqualität, Lebensraumvernetzung, Wald und Grundwasserschutz).

Gesellschaft: Geringe Betroffenheit gesellschaftlicher Interessen (Hochwasserschutz, bauliche Gegebenheiten, städtebauliche Entwicklung, Erholungsnutzung und Unterhalt).

Wirtschaft: Die asymmetrische Anordnung führt zu einer schwächeren Betroffenheit von Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen aber auch zu einer stärkeren Betroffenheit von wenigen landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg.

Funktionen des Gewässerraums (gemäss GSchG und GSchV):

Beide Varianten (minimaler symmetrischer Gewässerraum und angepasster Gewässerraum) erfüllen sämtliche Funktionen (Hochwasserschutz, Revitalisierung und Gewässernutzung) innerhalb des behördenverbindlichen Gewässerraums.

Handlungsspielraum:

Da bei beiden Varianten der minimale Gewässerraum nicht unterschritten wird und der grundeigentümergehörige Gewässerraum innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs liegt besteht der Handlungsspielraum bezüglich einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums.

Gegenüberstellung der Varianten:

Die Festlegung des minimalen symmetrischen Gewässerraums würde zu einer sehr starken Betroffenheit der Fruchtfolgefleichen im Gemeindegebiet von Wigoltingen führen. Die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums führt im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg zu einer stärkeren Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Mit der asymmetrischen Ausscheidung wird das Interesse der Schonung der Fruchtfolgefleichen berücksichtigt.

Die stärker betroffenen landwirtschaftliche Nutzflächen wären jedoch teilweise auch vom symmetrischen Gewässerraum betroffen und liegen teilweise innerhalb von Biodiversitätsförderflächen. Gemäss Art. 41c Abs. 4 GSchV dürfen Flächen im Gewässerraum weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, sofern sie extensiv bewirtschaftet werden.

In der Summe resultiert somit bei einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums eine bessere Lösung. Der minimalen Gewässerraum wird in diesen Abschnitt daher asymmetrisch angeordnet.

Abschnitt 07 09:

Vom Gewässerraum betroffene Interessen (in Nachhaltigkeitsebenen unterteilt):

Umwelt: Geringe Betroffenheit Umwelt-Interessen (Revitalisierung, Naturraum, Wasserqualität, Lebensraumvernetzung, Wald und Grundwasserschutz).

Gesellschaft: Geringe Betroffenheit gesellschaftlicher Interessen (Hochwasserschutz, bauliche Gegebenheiten, städtebauliche Entwicklung, Erholungsnutzung und Unterhalt).

Wirtschaft: Die asymmetrische Anordnung führt zu einer schwächeren Betroffenheit von Fruchtfolgefleichen im Gemeindegebiet von Wigoltingen.

Funktionen des Gewässerraums (gemäss GSchG und GSchV):

Beide Varianten (minimaler symmetrischer Gewässerraum und angepasster Gewässerraum) erfüllen sämtliche Funktionen (Hochwasserschutz, Revitalisierung und Gewässernutzung) innerhalb des behördenverbindlichen Gewässerraums.

Handlungsspielraum:

Da bei beiden Varianten der minimale Gewässerraum nicht unterschritten wird und der grundeigentümergehörige Gewässerraum innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs liegt besteht der Handlungsspielraum bezüglich einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums.

Gegenüberstellung der Varianten:

Die Festlegung des minimalen symmetrischen Gewässerraums würde zu einer starken Betroffenheit der Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen führen. Mit der asymmetrischen Ausscheidung wird das Interesse der Schonung der Fruchtfolgeflächen berücksichtigt.

In der Summe resultiert somit bei einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums eine bessere Lösung. Der minimalen Gewässerraum wird in diesen Abschnitt daher asymmetrisch angeordnet.

Abschnitt 07_14:

In diesem Abschnitt bestehen rechtsseitig der Thur Fruchtfolgeflächen, landwirtschaftliche Nutzflächen und eine Strasse (Parzelle 1164) ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs und linksseitig der Thur eine Gewerbezone.

Da die Breite des minimalen symmetrischen Gewässerraumes grösser als die des behördenverbindlichen Raumbedarfs ist, wurde ein Lösungsvorschlag gewählt mit dem der zusätzliche Raum (ausserhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs), um die Breite des minimalen Gewässerraumes zu erreichen, rechtsseitig ergänzt wurde.

Dieser Lösungsvorschlag wurde gewählt, weil das Interesse der baulichen Gegebenheiten und städtebaulichen Entwicklung das Interesse der Schonung der Fruchtfolgeflächen im konkreten Fall überwiegt. Jede andere Anordnung würde zu erheblichen Einschränkungen der Baubereiche, der bestehenden Bauten und der Umgebungsflächen der Parzelle 1155 in der Gewerbezone führen. Mit der Glättung der Linien werden andererseits auch Fruchtfolgeflächen geschont. Mit dem gewählten Gewässerraum werden somit beide Interessen berücksichtigt.

Die stärker betroffenen landwirtschaftliche Nutzflächen dürfen gemäss Art. 41c Abs. 4 GSchV im Gewässerraum weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, sofern sie extensiv bewirtschaftet werden.

In der Summe resultiert somit mit diesem Lösungsvorschlag eine angemessene Lösung. Der minimalen Gewässerraum wird in diesen Abschnitt daher asymmetrisch angeordnet.

Abschnitt 07_16:

Vom Gewässerraum betroffene Interessen (in Nachhaltigkeitsebenen unterteilt):

Umwelt: Geringe Betroffenheit Umwelt-Interessen (Revitalisierung, Naturraum, Wasserqualität, Lebensraumvernetzung, Wald und Grundwasserschutz).

Gesellschaft: Geringe Betroffenheit gesellschaftlicher Interessen (Hochwasserschutz, bauliche Gegebenheiten, städtebauliche Entwicklung, Erholungsnutzung und Unterhalt).

Wirtschaft: Die asymmetrische Anordnung führt zu einer schwächeren Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen linksseitig in Fliessrichtung aber auch zu einer leicht stärkeren Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen rechtsseitig in Fliessrichtung.

Funktionen des Gewässerraums (gemäss GSchG und GSchV):

Beide Varianten (minimaler symmetrischer Gewässerraum und angepasster Gewässerraum) erfüllen sämtliche Funktionen (Hochwasserschutz, Revitalisierung und Gewässernutzung) innerhalb des behördenverbindlichen Gewässerraums.

Handlungsspielraum:

Da bei beiden Varianten der minimale Gewässerraum nicht unterschritten wird und der grundeigentümergehörige Gewässerraum innerhalb des behördenverbindlichen Raumbedarfs liegt besteht der Handlungsspielraum bezüglich einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums.

Gegenüberstellung der Varianten:

Die Festlegung des minimalen symmetrischen Gewässerraums würde zu einer sehr starken Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen beidseitig der Thur führen. Die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums führt rechtsseitig in Fliessrichtung zu einer leicht höheren Betroffenheit von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Mit der asymmetrischen Ausscheidung wird das Interesse der Schonung von landwirtschaftlichen Nutzflächen berücksichtigt.

Die stärker betroffenen landwirtschaftliche Nutzflächen wären jedoch auch zum grössten Teil vom symmetrischen Gewässerraum betroffen. Gemäss Art. 41c Abs. 4 GSchV dürfen Flächen im Gewässerraum weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, sofern sie extensiv bewirtschaftet werden.

In der Summe resultiert somit bei einer asymmetrischen Anordnung des Gewässerraums eine bessere Lösung. Der minimalen Gewässerraum wird in diesen Abschnitt daher asymmetrisch angeordnet.

3.5 BETROFFENE FRUCHTFOLGEFLÄCHEN

Wird ein Gewässerraum festgelegt ist dieser gemäss Art. 36a GSchG extensiv zu bewirtschaften. Das Bundesgerichtsurteil BGE 146 II 134 regelt den Umgang mit Fruchtfolgeflächen (FFF) im Gewässerraum. Fruchtfolgeflächen im Gewässerraum werden gemäss dem Urteil weiterhin als Kontingente angerechnet, sind jedoch separat auszuweisen. FFF innerhalb des Gewässerraums sind somit nicht kompensationspflichtig, solange die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleibt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Fruchtfolgeflächen auf, welche innerhalb der Gewässerraum zu liegen kommen.

Tabelle 3: Betroffene Fruchtfolgeflächen

ID Gewässerraumabschnitt	Ackerbauliches Eignungsgebiet nach Thurgauer Klimaeignungskarte	FFF im GewR in Amlikon-Bissegg [m ²]	FFF im GewR in Wigoltingen [m ²]
07_06	A (gut bis sehr gut geeignet)	0	9'079.56
07_07	A (gut bis sehr gut geeignet)	0	29'277.50
07_08	A (gut bis sehr gut geeignet)	0	3'298.30
07_09	A (gut bis sehr gut geeignet)	15.38	28'913.11
07_10	A (gut bis sehr gut geeignet)	0	1'932.07
07_14	A (gut bis sehr gut geeignet)	4'253.65	0
07_15	A (gut bis sehr gut geeignet)	3'326.40	0
07_16	A (gut bis sehr gut geeignet)	8.21	0

3.6 ZUSAMMENFASSUNG

Nachfolgend sind alle Gewässerabschnitte innerhalb des Projektperimeters in Amlikon-Bissegg mit ihren massgebenden Eigenschaften aufgelistet.

Tabelle 4: Zusammenfassung der Gewässerabschnitte

ID Gewässerraumabschnitt	minimaler Gewässerraum [m]	Bemerkung	Festlegung Gewässerraumbreite [m]
07_01	195.5 – 209.1*	asymmetrische Anordnung (Grundregel Nr. 3 gemäss [3])	195.5 – 209.1*
07_04	192.0 – 195.5*	symmetrische Anordnung	192.0 – 195.5*
07_05	191.5 – 192.0*	asymmetrische Anordnung (Grundregel Nr. 3 gemäss [3])	191.5 – 192.0*
07_06	191.0 – 192.0*	asymmetrische Anordnung	191.0 – 192.0*
07_07	192.0 – 198.8*	asymmetrische Anordnung	192.0 – 198.8*
07_08	198.8 – 200.0*	asymmetrische Anordnung	198.8 – 200.0*
07_09	200.0 – 205.0*	asymmetrische Anordnung	200.0 – 205.0*
07_10	204.0*	symmetrische Anordnung	204.0*
07_11	203.0 – 204.0**	symmetrische Anordnung	203.0 – 204.0**
07_12	199.0 – 203.0**	asymmetrische Anordnung (Grundregel Nr. 3 gemäss [3])	199.0 – 203.0**
07_13	199.0**	asymmetrische Anordnung (Grundregel Nr. 3 gemäss [3])	199.0**
07_14	196.0 – 199.0	asymmetrische Anordnung (Grundregel Nr. 3 gemäss [3])	196.0 – 199.0
07_15	194.0 – 196.0	asymmetrische Anordnung	194.0 – 196.0
07_16	194.0 – 195.0	asymmetrische Anordnung	194.0 – 195.0

*Gesamte Breite auf dem Gebiet der Gemeinde Amlikon-Bissegg und der Gemeinde Wigoltingen

**Gesamte Breite auf dem Gebiet der Gemeinde Amlikon-Bissegg und der Gemeinde Märstetten

4 VERFAHREN

Das Verfahren für die Festlegung der Gewässerraum richtet sich nach dem Verfahren für Baulinienpläne nach § 5 Abs. 2 - 5 sowie die §§ 6 und 29 – 37 PBG.

4.1 ERARBEITUNG

Die Erarbeitung der Gewässerraumlinienpläne richtet sich nach dem beschriebenen Vorgehen des kantonalen Leitfadens (vgl. [1], [3]) und ist in Kapitel 1.3 zusammenfassend erläutert.

4.2 MITWIRKUNG

Die Gemeindebehörde hat die Bevölkerung, Grundeigentümer, Anstösser und gegebenenfalls die Nachbargemeinden rechtzeitig und sachgerecht über Stand, Ziele und Mittel des Baulinienplans zu informieren (§ 9 Abs. 1 PBG). Des Weiteren hat sie dafür zu sorgen, dass diese in geeigneter Weise mitwirken können (§ 9 Abs. 2 PBG in Verbindung mit § 2 PBV, Art. 4 RPG).

Die Mitwirkung erfolgt im Rahmen ... und wurde am *TT.MM.JJJJ* durchgeführt.

Berücksichtigte Hinweise

Pendent

Unberücksichtigte Hinweise

Pendent

4.3 VORPRÜFUNG

Die Gewässerraumlinienpläne wurden am *TT.MM.JJJJ* zur kantonalen Vorprüfung eingereicht. Der Vorprüfungsbericht vom *TT.MM.JJJJ* wurde in der Folge ausgewertet und wie folgt berücksichtigt:

Berücksichtigte Vorprüfungshinweise

Pendent

Unberücksichtigte Vorprüfungshinweise

Pendent

4.4 AUFLAGE, PUBLIKATION

Die Planung ist gemäss §§29 – 30 PBG öffentlich während mindestens 20 Tagen aufzulegen und im kantonalen Amtsblatt zu publizieren. Betroffene Grundeigentümer, welche in der Gemeinde keinen Wohnsitz haben, sind über die Auflage schriftlich zu informieren, soweit Name und Adresse bekannt sind. Die öffentliche Auflage der Gewässerraumlinien für Grenzgewässer muss zeitgleich in den betroffenen Nachbargemeinden erfolgen.

4.5 GENEHMIGUNG

Die Gewässerraumlinienpläne bedürfen einer Genehmigung des Departements für Bau und Umwelt (§5 Abs.2 PBG). Die Genehmigung hat rechtsbegründende Wirkung (§5 Abs. 3 PBG).

4.6 INKRAFTSETZUNG

Nach einer allfälligen Rekursbehandlung erlässt die Gemeinde die Gewässerraumlinienpläne rechtskräftig (§6 PBG).

5 QUELLENVERZEICHNIS

- [1] Kanton Thurgau, Departement für Bau und Umwelt (DBU), Amt für Umwelt (AfU), Abteilung Wasserbau und Hydrometrie (2019): Grundeigentümergebundene Festlegung Gewässerraumlinien, Planungsgrundlagen (1)
- [2] Kanton Thurgau, Departement für Bau und Umwelt (DBU), Amt für Umwelt (AfU), Abteilung Wasserbau und Hydrometrie (2019): Grundeigentümergebundene Festlegung Gewässerraumlinien, Leitfaden (2)
- [3] Kanton Thurgau, Departement für Bau und Umwelt (DBU), Amt für Umwelt (AfU), Abteilung Wasserbau und Hydrometrie (2023): Grundeigentümergebundene Festlegung Gewässerraumlinien, Leitfaden Thur (3)
- [4] Bundesamt für Umwelt (BAFU) (2022): Handbuch zur Ermittlung der natürlichen Sohlenbreite.
- [5] Hunziker Zarn & Partner (2021): Grundlagenstudie - Natürliche Sohlenbreite grosser Fließgewässer Kanton Thurgau – Thur.
- [6] BPUK, LDK, BAFU, ARE, BLW (Hrsg.) (2019): Gewässerraum. Modulare Arbeitshilfe zur Festlegung und Nutzung des Gewässerraums in der Schweiz.
- [7] Kanton Thurgau, Departement für Bau und Umwelt (DBU), Amt für Umwelt (AfU), Abteilung Wasserbau und Hydrometrie (2019): Technische Dokumentation Gewässerraumlinien Fließgewässer.
- [8] Kanton Thurgau, Departement für Bau und Umwelt (DBU), Amt für Umwelt (AfU), Abteilung Wasserbau und Hydrometrie (2019): Technische Dokumentation Gewässerraumlinien Stehende Gewässer
- [9] Kanton Thurgau, Amt für Umwelt (AfU) (2024): Website des Kantons zum Thema Gewässerraumfestlegung, in: <https://umwelt.tg.ch/wasserbau-und-hydrometrie/bauen-im-und-am-gewaesser/gewaesserraum/festlegung-gewaesserraum-thurgau.html/12636>
- [10] Bundesamt für Landestopografie, Amt für Geoinformation Thurgau (2024): Geoinformationsplattform des Kantons Thurgau, ThurGIS Viewer und ThurGIS Shop, in: <https://map.geo.tg.ch/> und <https://shop.geo.tg.ch/> (relevante Layer: Amtliche Vermessung, Gewässerkataster, Behördenverbundlicher Raumbedarf, Minimaler symmetrischer Gewässerraum, Gefahrenkarte, Gebiete gemäss Art. 41a Abs. 1 GSchV, Zonenplan, Baulinien, Naturschutzgebiete, Fruchtfolgeflächen, Nutzungsflächen, Biodiversitätsförderflächen, Höhenkurven, Statische Waldgrenzen, Orthofoto)
- [11] Sitzung mit dem Kanton Thurgau, Amt für Umwelt (AfU) (05.12.2024)

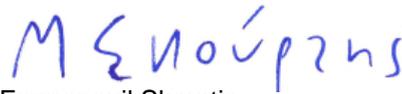
Romanshorn, 11.04.2025

Verfasser: Emmanouil Skourtis

HOLINGER AG



Jannik Rescigno
Projektleiter
jannik.rescigno@holinger.com



Emmanouil Skourtis
Projektingenieur
emmanouil.skourtis@holinger.com

ANHANG 1

TABELLE INTERESSENABWÄGUNG

Tabelle - Übersicht Interessenabwägung
Abschnitt 07_06

minimaler symmetrischer Gewässerraum

angepasster Gewässerraum

hoch (1)
neutral (0)
gering (-1)
nicht relevant (-)

NachhaltigkeitsEbene	Interesse	Funktion	Erfüllung		Begründung
Umwelt (Gewichtung 33.33%)	Revitalisierung	Ermöglichung Revitalisierung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Naturraum	Gemeinsame Nutzung von Natur und Menschen	0	0	In beiden Varianten möglich.
	Wasserqualität	Gewässerschutz (vor Dünger, Pestizide)	1	0	Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht geringerer Gewässerabstand im Gemeindegebiet von Wigoltingen. Der Gewässerraum umfasst jedoch in beiden Varianten mindestens den Raum mit einem Abstand von 15 Metern ab der Uferlinie.
	Lebensraumvernetzung	Aquatische und terrestrische Vernetzung	0	0	Die Vernetzung (aquatische und terrestrische) wird in beiden Varianten ermöglicht. Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht in der zweiten Variante mehr Raum für terrestrische Vernetzung im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg (und weniger im Gemeindegebiet von Wigoltingen).
	Wald	Gewährleistung der Waldfunktionen (Holzproduktion, Schutz, Biodiversität)	0	0	In den betroffenen Waldflächen gilt das Waldgesetz. Kein Schutzwald betroffen. Unterhalt bestehender Bewirtschaftungswege und die Erstellung neuer Bewirtschaftungswege sind im Gewässerraum sofern eine Erstellung ausserhalb des Gewässerraumes nicht möglich ist erlaubt.
	Grundwasserschutz	Gewährleistung Grundwasserschutzzonen	-	-	Keine Grundwasserschutzzonen vorhanden
Gesellschaft (Gewichtung 33.33%)	Hochwasserschutz	Ableitung massgeblicher Hochwassermenge	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Berücksichtigung baulicher Gegebenheiten	Weiterentwicklung und Nutzung der Bestandesbauten	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Nutzung, Unterhalt und Weiterentwicklung von Verkehrsanlagen und von weiteren Infrastrukturanlagen	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	städtebauliche Entwicklung	Bebaubarkeit der Parzellen und Umsetzbarkeit der Siedlungsentwicklung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Umsetzbarkeit bestehende Planungen (Gestaltungspläne, Baubewilligungen, Quartierpläne)	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Erholungsnutzung	Erhalt und Nutzung der Erholungs- und Freizeiteinrichtungen	-	-	Keine Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen vorhanden.
	Unterhalt	Zugänglichkeit Gewässerunterhalt	0	0	In beiden Varianten gewährleistet.
Wirtschaft (Gewichtung 33.33%)	Landwirtschaftliche Nutzung	Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen	-1	-1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums werden die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg stärker vom Gewässerraum betroffen.
	Fruchtfolgeflächen	Erhalt und Schutz von Fruchtfolgeflächen	-1	1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums werden Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen geschont.
Summe			-0.33	0.00	

Tabelle - Übersicht Interessenabwägung
Abschnitt 07_07

minimaler symmetrischer Gewässerraum

angepasster Gewässerraum

hoch (1)
neutral (0)
gering (-1)
nicht relevant (-)

NachhaltigkeitsEbene	Interesse	Funktion	Erfüllung		Begründung
Umwelt (Gewichtung 33.33%)	Revitalisierung	Ermöglichung Revitalisierung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Naturraum	Gemeinsame Nutzung von Natur und Menschen	0	0	In beiden Varianten möglich.
	Wasserqualität	Gewässerschutz (vor Dünger, Pestizide)	1	0	Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht geringerer Gewässerabstand im Gemeindegebiet von Wigoltingen. Der Gewässerraum umfasst jedoch in beiden Varianten mindestens den Raum mit einem Abstand von 15 Metern ab der Uferlinie.
	Lebensraumvernetzung	Aquatische und terrestrische Vernetzung	0	0	Die Vernetzung (aquatische und terrestrische) wird in beiden Varianten ermöglicht. Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht in der zweiten Variante mehr Raum für terrestrische Vernetzung im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg (und weniger im Gemeindegebiet von Wigoltingen).
	Wald	Gewährleistung der Waldfunktionen (Holzproduktion, Schutz, Biodiversität)	0	0	In den betroffenen Waldflächen gilt das Waldgesetz. Kein Schutzwald betroffen. Unterhalt bestehender Bewirtschaftungswege und die Erstellung neuer Bewirtschaftungswege sind im Gewässerraum sofern eine Erstellung ausserhalb des Gewässerraumes nicht möglich ist erlaubt.
	Grundwasserschutz	Gewährleistung Grundwasserschutzzonen	-	-	Keine Grundwasserschutzzonen vorhanden
Gesellschaft (Gewichtung 33.33%)	Hochwasserschutz	Ableitung massgeblicher Hochwassermenge	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Berücksichtigung baulicher Gegebenheiten	Weiterentwicklung und Nutzung der Bestandesbauten	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Nutzung, Unterhalt und Weiterentwicklung von Verkehrsanlagen und von weiteren Infrastrukturanlagen	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	städtebauliche Entwicklung	Bebaubarkeit der Parzellen und Umsetzbarkeit der Siedlungsentwicklung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Umsetzbarkeit bestehende Planungen (Gestaltungspläne, Baubewilligungen, Quartierpläne)	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Erholungsnutzung	Erhalt und Nutzung der Erholungs- und Freizeiteinrichtungen	-	-	Keine Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen vorhanden.
	Unterhalt	Zugänglichkeit Gewässerunterhalt	0	0	In beiden Varianten gewährleistet.
Wirtschaft (Gewichtung 33.33%)	Landwirtschaftliche Nutzung	Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen	-1	-1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraumes werden die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg stärker vom Gewässerraum betroffen.
	Fruchtfolgeflächen	Erhalt und Schutz von Fruchtfolgeflächen	-1	1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraumes werden Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen geschont.
Summe			-0.33	0.00	

Tabelle - Übersicht Interessenabwägung
Abschnitt 07_08

minimaler symmetrischer Gewässerraum

angepasster Gewässerraum

hoch (1)
neutral (0)
gering (-1)
nicht relevant (-)

NachhaltigkeitsEbene	Interesse	Funktion	Erfüllung		Begründung
Umwelt (Gewichtung 33.33%)	Revitalisierung	Ermöglichung Revitalisierung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Naturraum	Gemeinsame Nutzung von Natur und Menschen	0	0	In beiden Varianten möglich.
	Wasserqualität	Gewässerschutz (vor Dünger, Pestizide)	1	0	Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht geringerer Gewässerabstand im Gemeindegebiet von Wigoltingen. Der Gewässerraum umfasst jedoch in beiden Varianten mindestens den Raum mit einem Abstand von 15 Metern ab der Uferlinie.
	Lebensraumvernetzung	Aquatische und terrestrische Vernetzung	0	0	Die Vernetzung (aquatische und terrestrische) wird in beiden Varianten ermöglicht. Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht in der zweiten Variante mehr Raum für terrestrische Vernetzung im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg (und weniger im Gemeindegebiet von Wigoltingen).
	Wald	Gewährleistung der Waldfunktionen (Holzproduktion, Schutz, Biodiversität)	0	0	In den betroffenen Waldflächen gilt das Waldgesetz. Kein Schutzwald betroffen. Unterhalt bestehender Bewirtschaftungswege und die Erstellung neuer Bewirtschaftungswege sind im Gewässerraum sofern eine Erstellung ausserhalb des Gewässerraumes nicht möglich ist erlaubt.
	Grundwasserschutz	Gewährleistung Grundwasserschutzzonen	-	-	Keine Grundwasserschutzzonen vorhanden
Gesellschaft (Gewichtung 33.33%)	Hochwasserschutz	Ableitung massgeblicher Hochwassermenge	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Berücksichtigung baulicher Gegebenheiten	Weiterentwicklung und Nutzung der Bestandesbauten	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Nutzung, Unterhalt und Weiterentwicklung von Verkehrsanlagen und von weiteren Infrastrukturanlagen	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	städtebauliche Entwicklung	Bebaubarkeit der Parzellen und Umsetzbarkeit der Siedlungsentwicklung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Umsetzbarkeit bestehende Planungen (Gestaltungspläne, Baubewilligungen, Quartierpläne)	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Erholungsnutzung	Erhalt und Nutzung der Erholungs- und Freizeiteinrichtungen	-	-	Keine Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen vorhanden.
Unterhalt	Zugänglichkeit Gewässerunterhalt	0	0	In beiden Varianten gewährleistet.	
Wirtschaft (Gewichtung 33.33%)	Landwirtschaftliche Nutzung	Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen	-1	-1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums werden die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg stärker vom Gewässerraum betroffen.
	Fruchtfolgeflächen	Erhalt und Schutz von Fruchtfolgeflächen	-1	1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraums werden Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen geschont.
Summe			-0.33	0.00	

Tabelle - Übersicht Interessenabwägung

Abschnitt 07_09

minimaler symmetrischer Gewässerraum

angepasster Gewässerraum

hoch (1)
neutral (0)
gering (-1)
nicht relevant (-)

NachhaltigkeitsEbene	Interesse	Funktion	Erfüllung		Begründung
Umwelt (Gewichtung 33.33%)	Revitalisierung	Ermöglichung Revitalisierung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Naturraum	Gemeinsame Nutzung von Natur und Menschen	0	0	In beiden Varianten möglich.
	Wasserqualität	Gewässerschutz (vor Dünger, Pestizide)	1	0	Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht geringerer Gewässerabstand im Gemeindegebiet von Wigoltingen. Der Gewässerraum umfasst jedoch in beiden Varianten mindestens den Raum mit einem Abstand von 15 Metern ab der Uferlinie.
	Lebensraumvernetzung	Aquatische und terrestrische Vernetzung	0	0	Die Vernetzung (aquatische und terrestrische) wird in beiden Varianten ermöglicht. Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht in der zweiten Variante mehr Raum für terrestrische Vernetzung im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg (und weniger im Gemeindegebiet von Wigoltingen).
	Wald	Gewährleistung der Waldfunktionen (Holzproduktion, Schutz, Biodiversität)	0	0	In den betroffenen Waldflächen gilt das Waldgesetz. Kein Schutzwald betroffen. Unterhalt bestehender Bewirtschaftungswege und die Erstellung neuer Bewirtschaftungswege sind im Gewässerraum sofern eine Erstellung ausserhalb des Gewässerraumes nicht möglich ist erlaubt.
	Grundwasserschutz	Gewährleistung Grundwasserschutzzonen	-	-	Keine Grundwasserschutzzonen vorhanden
Gesellschaft (Gewichtung 33.33%)	Hochwasserschutz	Ableitung massgeblicher Hochwassermenge	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Berücksichtigung baulicher Gegebenheiten	Weiterentwicklung und Nutzung der Bestandesbauten	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Nutzung, Unterhalt und Weiterentwicklung von Verkehrsanlagen und von weiteren Infrastrukturanlagen	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	städtebauliche Entwicklung	Bebaubarkeit der Parzellen und Umsetzbarkeit der Siedlungsentwicklung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Umsetzbarkeit bestehende Planungen (Gestaltungspläne, Baubewilligungen, Quartierpläne)	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Erholungsnutzung	Erhalt und Nutzung der Erholungs- und Freizeiteinrichtungen	-	-	Keine Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen vorhanden.
Unterhalt	Zugänglichkeit Gewässerunterhalt	0	0	In beiden Varianten gewährleistet.	
Wirtschaft (Gewichtung 33.33%)	Landwirtschaftliche Nutzung	Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen	-1	-1	In beiden Varianten sind landwirtschaftlichen Nutzflächen im Gemeindegebiet von Amlikon-Bissegg vom Gewässerraum betroffen.
	Fruchtfolgeflächen	Erhalt und Schutz von Fruchtfolgeflächen	-1	1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraumes werden Fruchtfolgeflächen im Gemeindegebiet von Wigoltingen geschont.
Summe			-0.33	0.00	

Tabelle - Übersicht Interessenabwägung

Abschnitt 07_16

minimaler symmetrischer Gewässerraum

angepasster Gewässerraum

hoch (1)
neutral (0)
gering (-1)
nicht relevant (-)

NachhaltigkeitsEbene	Interesse	Funktion	Erfüllung		Begründung
Umwelt (Gewichtung 33.33%)	Revitalisierung	Ermöglichung Revitalisierung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Naturraum	Gemeinsame Nutzung von Natur und Menschen	0	0	In beiden Varianten möglich.
	Wasserqualität	Gewässerschutz (vor Dünger, Pestizide)	1	0	Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht geringerer Gewässerabstand südlich der Thur. Der Gewässerraum umfasst jedoch in beiden Varianten mindestens den Raum mit einem Abstand von 15 Metern ab der Uferlinie.
	Lebensraumvernetzung	Aquatische und terrestrische Vernetzung	0	0	Die Vernetzung (aquatische und terrestrische) wird in beiden Varianten ermöglicht. Aufgrund der asymmetrischen Anordnung besteht in der zweiten Variante mehr Raum für terrestrische Vernetzung nördlich der Thur (und weniger südlich der Thur).
	Wald	Gewährleistung der Waldfunktionen (Holzproduktion, Schutz, Biodiversität)	0	0	In den betroffenen Waldflächen gilt das Waldgesetz. Kein Schutzwald betroffen. Unterhalt bestehender Bewirtschaftungswege und die Erstellung neuer Bewirtschaftungswege sind im Gewässerraum sofern eine Erstellung ausserhalb des Gewässerraumes nicht möglich ist erlaubt.
	Grundwasserschutz	Gewährleistung Grundwasserschutzzonen	-	-	Keine Grundwasserschutzzonen vorhanden
Gesellschaft (Gewichtung 33.33%)	Hochwasserschutz	Ableitung massgeblicher Hochwassermenge	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Berücksichtigung baulicher Gegebenheiten	Weiterentwicklung und Nutzung der Bestandesbauten	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Nutzung, Unterhalt und Weiterentwicklung von Verkehrsanlagen und von weiteren Infrastrukturanlagen	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	städtebauliche Entwicklung	Bebaubarkeit der Parzellen und Umsetzbarkeit der Siedlungsentwicklung	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
		Umsetzbarkeit bestehende Planungen (Gestaltungspläne, Baubewilligungen, Quartierpläne)	-	-	Der behördenverbindliche Raumbedarf ist Massgebend.
	Erholungsnutzung	Erhalt und Nutzung der Erholungs- und Freizeiteinrichtungen	-	-	Keine Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen vorhanden.
Unterhalt	Zugänglichkeit Gewässerunterhalt	0	0	In beiden Varianten gewährleistet.	
Wirtschaft (Gewichtung 33.33%)	Landwirtschaftliche Nutzung	Erhalt von landwirtschaftlichen Nutzflächen	-1	1	Durch die asymmetrische Anordnung des Gewässerraumes werden landwirtschaftliche Nutzflächen südlich der Thur geschont aber wenige landwirtschaftliche Nutzflächen nördlich der Thur kommen in den Gewässerraum.
	Fruchtfolgeflächen	Erhalt und Schutz von Fruchtfolgeflächen	0	0	Keine Fruchtfolgeflächen betroffen
Summe			0.00	0.33	